

# STUDIERENDEN ZEITUNG

Ausgabe Februar 2011



>> Themen unter anderem:

>> Landtagswahlen und die Bildungspolitik

>> StuVe: Studierende wählen ihr eigenes Wahlergebnis ab

---

## **Vorwort**

### **Arena frei für Runde II**

Unsere Landtagswahl-Aktion geht in die zweite Runde. Diese Ausgabe der StuZe ist für die von uns angeschriebenen Kandidatinnen und Kandidaten die letzte Möglichkeit, einen Text zur Bildungspolitik zu veröffentlichen. Sieben weitere von ihnen haben dieses Mal angenommen, sodass ihr den Vergleich zwischen acht KandidatInnen aus beiden Uni-Wahlkreisen und den großen fünf Parteien habt.

Erneut möchten wir euch zu Feedback in jeglicher Form aufrufen: Als Leserbrief, Artikel, Theaterstück oder malt doch mal wieder ein Bild.

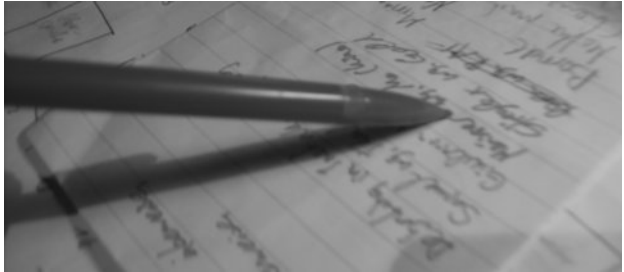
Schreibt dafür an:

zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Viel Spaß mit dieser Ausgabe und einen guten Start in die Semesterferien,

**wünscht das Team der StuZe**

[ alle Ausgaben auch online unter [www.andrerseits.de](http://www.andrerseits.de) ]



## Inhaltsverzeichnis:

|   |    |
|---|----|
| Vorwort   | 2  |
| Klimawandel in der Bildung                      | 4  |
| Studieren in Baden-Württemberg                  | 8  |
| Schöne alte Welt                                | 12 |
| Bildung braucht Vielfalt                        | 16 |
| Bildungspolitik in Baden-Württemberg            | 20 |
| Für eine gebührenfreie und solidarische Bildung | 24 |
| Bildungsblockaden abbauen                       | 28 |
| Theaterhaus                                     | 32 |
| Studierende wählen ihr eigenes Wahlergebnis ab  | 34 |
| Termine   | 38 |
| Impressum                                       | 39 |

---

# Klimawandel in der Bildung

## Schulbesuch und Studium dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein

Von Muhterem Aras, Bündnis 90 / Die Grünen

Wahlkreis: Stuttgart I  
<http://muhterem-aras.de/>

Im Vergleich zu Pisa 2001 ist das Ergebnis der aktuellen Pisa-Studie leicht verbessert, aber zum Trium-

phieren, wie es Frau Schawan und die CDU tun, ist es zu früh. Schaut man sich die jüngsten Ergebnisse genauer an, sind die deutschen Schüler zwar ein bisschen besser in Mathematik und in den Naturwissenschaften geworden, aber bei der Lesekompetenz haben sie sich nur minimal verbessert und erzielen im Ländervergleich nur eine durchschnittliche Leistung. Zu den Verbesserungen in der Lesekompetenz haben vor allem die Mädchen beigetragen. Denn, fast ein Viertel der 15-jährigen Jungen ist nach wie vor kaum in der Lage, einen Text zu lesen und zu begreifen. Die Mädchen haben allerdings im Rechnen nicht so gut abgeschnitten. Es gibt immer noch viel zu tun.

Unser Bildungssystem ist verkrustet und ungerecht. Denn nach wie vor hängt der Bildungserfolg der SchülerInnen maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Der Geldbeutel der Eltern ist ausschlaggebend. Wir Grüne setzen uns für ein gerechtes Bildungssystem ein, in dem alle Kinder unabhängig vom sozialen Status die gleichen Bildungschancen haben. Das ungerechte Bildungssystem in den Schulen und die soziale Selektion ist durchgängig von der Schulzeit bis ins Studium und bei den späteren Karrierechancen nicht wegzuleugnen. Viel zu wenige junge Menschen machen einen Hochschulabschluss. Sie sind unterfordert und bleiben hinter ihren Möglichkeiten zurück. Immer noch fangen viel zu wenige Schülerinnen und Schüler das Studium an und manche sozialen Gruppen sind stark unterrepräsentiert.

Besonders Kinder aus Migrantenfamilien haben es schwer. Sie werden dreifach benachteiligt. Sie erhalten weniger Förderung durch niedrigere Bildungs-

---

kompetenz im Elternhaus, bei gleicher Leistung bekommen sie schlechtere Noten und Empfehlungen und sie werden bei gleicher Leistung von ihren Eltern eher auf die niedrigere Schule geschickt. Das setzt sich fort bis zum Studium. Es geht uns darum, die soziale Selektion am Hörsaalzugang zu reduzieren. Nicht nur in den Schulen, auch an den Hochschulen sind Studierende aus hochschulfernen Elternhäusern noch immer unterrepräsentiert. Sie wollen wir unterstützen. Besorgniserregend ist auch die Tatsache, dass junge Frauen vermehrt keine Lust aufs Studium haben. Hier wollen wir aufklären und die Lust auf Bildung und Selbständigkeit wieder wecken. Denn jede Art von Verschwendung von Ressourcen ist für eine Wissensgesellschaft wie unsere eine Katastrophe!

So wie die Schulen in Stuttgart in wirtschaftlich guten Zeiten kaputt gespart wurden und in einem miserablen Zustand sind, besteht der berechtigte Verdacht, dass auch viel zu wenig in die Kindertagesstätten, Sporthallen und Hochschulgebäude investiert wurde. Zu den baulichen Mängeln kommt die notorische Unterausstattung der Hochschulen. Baden-Württemberg braucht aber Hochschulen in Hochform, weil mehr junge Menschen einen Hochschulabschluss benötigen und sich künftig lebenslang an Hochschulen weiterbilden sollen. Wir wollen erreichen, dass mindestens 50 Prozent eines Jahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen kann. Wir brauchen mehr beruflich Qualifizierte, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Arbeiterkinder und mehr ausländische Studierende an unseren Hochschulen.

Wir brauchen Hochschulen in Hochform, weil sie Impulse setzen sollen für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen beim Klimaschutz, bei der Ökologisierung der Produktion, bei Energiewirtschaft und Mobilität, bei der Verbesserung des sozialen Miteinanders und bei der Herstellung globaler Gerechtigkeit. Wir brauchen Hochschulen in Hochform, um die wirtschaftliche Spitzenstellung des Landes zu sichern.

---

Dafür müssen die Hochschulen über genügend finanzielle Mittel verfügen. Die schwarz-gelbe Regierung hat den Hochschulen die nötigen Gelder und Unterstützung verweigert. Sie machte die Hochschulen von Drittmitteln und Studiengebühren abhängig, mit denen die Löcher in den Hochschulhaushalten gestopft werden sollten. Das gilt sowohl für die Exellenzhochschulen als auch für die anderen. Wir Grüne wollen allen Hochschulen im Land ermöglichen, Spitzenleistungen zu bringen. Studiengebühren sind der falsche Weg, um die Hochschulen zu finanzieren. Wir plädieren für die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren, denn sie schrecken zu viele Schulabgänger vom Studium ab und bevorteilen die sozial stärkeren Schichten. Nicht nur die Schule, auch die Aufnahme des Studiums darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Bologna hat nicht das gebracht, was es zunächst versprochen hat. Die Hochschulen haben es nicht geschafft, ihre Studieninhalte zu reformieren. Auch ein einheitlicher europäischer Hochschulraum ist bis jetzt nur eine Vision. Bachelor und Master haben nicht mehr Mobilität und Flexibilität für Studierende ermöglicht. Auch die Zahl der Studienabbrecher ist gleich und die Betreuung während des Studiums nicht besser geworden. Deshalb setzen wir uns für eine Reform der Bologna-Reform ein. Die Hochschulen müssen ihre Studienangebote straffen und von Überfrachtung entlasten. Auf diese Weise sollen Studiengänge in ihrem Pensum wieder überschaubar und die Anforderungen zu bewältigen sein. Auch die Betreuung der Studierenden wollen wir verbessern.

Die Unterausstattung der Hochschulen und die zu schlechten Studienbedingungen haben auch zum Ergebnis, dass zu viele Studierende ohne Abschluss ihr Studium an den Nagel hängen. Die Folgen sind wieder schlechte Karrierechancen und eine Verschwendung von Ressourcen. Die Lösung heißt dann für die CDU/FDP Anwerbung von ausländischen Fachkräften.

An dieser Stelle muss auch erwähnt werden, dass wir viele ausländische Fachkräfte in Deutschland haben, deren Abschluss nicht anerkannt wird. Das be-

---

schert so manchem Haushalt eine Putzfrau mit Universitätsabschluss oder einen Taxifahrer mit Promotion. Diese Migrantinnen und Migranten müssen die Möglichkeit haben, durch realistische Ergänzungsprüfungen ihren Beruf in Deutschland ausüben zu können.

So nehmen auch in Baden-Württemberg zu wenig Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen Gründen ein Studium auf. Wir brauchen bis 2012 mindestens 20000 zusätzliche Studienanfängerplätze, um für die aktuellen geburtenstarken Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge die Zugangsgerechtigkeit und das Recht auf freie Berufswahl sicherzustellen.

Dabei wollen wir auch die Personalstruktur modernisieren. Nicht nur in der Wirtschaft, auch in den Führungsgremien der Hochschulen und auf Lehrstühlen sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Die Familienfreundlichkeit muss deshalb nicht nur gefordert, sondern auch umgesetzt werden.

Um einen „Klimawandel“ in der Bildung zu erreichen, müssen wir das Bildungssystem der Schulen und der Hochschulen reformieren. In den Schulen ist das dreigliedrige Bildungssystem sozial extrem ungerecht, kinder- und familienfeindlich und muss deshalb dringend abgeschafft werden. Ich bin davon überzeugt, dass das längere gemeinsame Lernen der bessere Weg für die Kinder und für die Volkswirtschaft ist. Die Basisschule und ein längeres gemeinsames Lernen ist die logische Fortführung eines umfassenden Bildungskonzepts, das die Chancengleichheit zum Ziel hat.

Schon das Aufbrechen des verkrusteten und sozial ungerechten Bildungssystems ist ein entscheidender Grund, einen engagierten und hoch motivierten Wahlkampf zu führen und die CDU nach 57 Jahren Regierungsbeteiligung endlich abzulösen. Wir haben die besseren Konzepte, unser Land lebens- und lebenswerter zu gestalten!

---

# Studieren in Baden-Württemberg

## - vielfältige Studienmöglichkeiten, hervorragende Lehre

Von Thomas Bopp, CDU

Wahlkreis: Stuttgart II

<http://www.thomas-bopp.com/>

Baden-Württemberg ist in vielen Disziplinen das erfolgreichste deutsche Bundesland. Unsere Erfolge

in Wirtschaft und Wissenschaft sind nicht selbstverständlich. Wir können nicht auf Bodenschätze zurückgreifen. Unser Rohstoff sind die Menschen, die sich schon früh mit Tüftlergeist, Wissen und Kreativität an die Spitze moderner Entwicklungen gestellt haben. Die Zukunft Baden-Württembergs entscheidet sich in den Hörsälen und Forschungslabors. Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg weiterhin als international renommierten Standort für hervorragende Lehre, innovative Forschung und rasche Umsetzung in Produkte zu behaupten und auszubauen.

Eine optimale Entfaltung des Einzelnen kann man nur erreichen, wenn jede und jeder den eigenen Fähigkeiten entsprechend seinen individuellen Weg wählen kann. Nach der Schule gibt es vielfältige Möglichkeiten, einen international hochangesehenen Abschluss zu erlangen. Baden-Württemberg bietet höchst differenzierte Studienmöglichkeiten an Universitäten und Universitätskliniken, an Kunst- und Musikhochschulen, an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und an den Akademien.

*Ein exzellenter Wissenschaftsstandort, den wir uns etwas kosten lassen*

Nicht zuletzt in der vergangenen Legislaturperiode haben wir unser Anliegen, für das beste Wissenschaftsland in Deutschland etwas zu tun, unterstrichen: Etwa elf Prozent des Landeshaushaltes entfallen auf die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Kunst. Dieser Anteil ist der höchste im Vergleich mit allen anderen Bundesländern. Mit dem Solidarpakt I im Jahr 1997 und



---

dem Solidarpakt II im Jahr 2007 gab das Land den Hochschulen zudem einzigartige Garantien über sichere finanzielle Rahmenbedingungen. Die Ergebnis dieser Politik kann sich sehen lassen: Die neun Landesuniversitäten bieten Lehre und Forschung auf höchstem Niveau an, sie decken das gesamte Spektrum an grundständigen Bachelor-, weiterqualifizierenden Master- und strukturierten Promotionsstudienangeboten ab. Ein Beleg für den Erfolg ist das hervorragende Abschneiden in der Exzellenzinitiative. Vier der bundesweit insgesamt neun Exzellenzuniversitäten liegen in unserem Bundesland. Auch wenn Stuttgart hier noch nicht reüssieren konnte, die nächste Runde des Exzellenzprogramms ist schon eingeläutet!

#### *Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ bringt 20.000 zusätzliche Studienplätze*

Eltern und Schüler sorgen sich wegen des durch die Umstellung auf das achtjährige Gymnasium bedingten doppelten Abiturjahrganges 2012 um einen Studienplatz. Diese Sorgen sind unbegründet. Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass auch die Abiturientinnen und Abiturienten im Jahr 2012 ebenso gute Chancen auf einen Studienplatz haben wie frühere Jahrgänge. Das von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Programm „Hochschule 2012“ umfasst 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg. Das entspricht etwa der Kapazität von drei großen Universitäten. Der Ausbau orientiert sich am Bedarf des Arbeitsmarktes, soll aber gleichzeitig ein breites Spektrum an Studienmöglichkeiten bieten. Damit die Studierenden gut betreut werden können, sind im Ausbauprogramm zusätzlich 1.500 Stellen für Lehrende enthalten. Das Geld wird auch für mehr Räume und einen Ausbau der Infrastruktur verwendet.

#### *Studieren ohne Abitur: Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte*

Ein Meilenstein war die Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2006/07. Meistern und gleichwertig Fortgebildeten eröffnen wir erstmals den offenen

---

fachgebundenen Zugang ohne Eignungsprüfung. Im Juni 2010 wurde das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung beschlossen, durch das Meister und andere Erwerbstätige mit gleichwertiger beruflicher Fortbildung künftig den allgemeinen Hochschulzugang erhalten. Auch andere beruflich Qualifizierte können künftig unter bestimmten Voraussetzungen ein ihrer Berufsausbildung und -tätigkeit fachlich entsprechendes Studium aufnehmen.

### *Mehr Investitionen in die Lehre durch Studiengebühren*

Viele Studenten ärgern sich über die jedes Semester anfallenden Studiengebühren. Die CDU steht aber zu diesem Instrument. Denn niemand wird dadurch vom Studieren abgehalten. Studenten, die das Geld nicht aufbringen können, erhalten unbürokratisch und schnell Kredite, die sie erst dann zurückzahlen müssen, wenn sie ausreichend verdienen.

Die zusätzlichen Einnahmen seit dem Sommersemester 2007 helfen den Hochschulen, stärker in die Lehre und die Betreuung zu investieren. Ein wesentlicher Bestandteil des Gebührenmodells ist, dass die Studierenden über die Verwendung mitentscheiden. Das Gesetz schreibt vor, dass die Gelder zweckgebunden für Studium und Lehre eingesetzt werden müssen. Pro Jahr erhalten die Hochschulen auf diesem Weg rund 135 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen. Knapp 500 Mio. Euro konnten bislang ausgegeben werden: für verlängerte Öffnungszeiten und neue Bücher in Bibliotheken, bessere Lehre und Betreuung durch zusätzliche Tutorien und Lehrveranstaltungen, moderne technische Ausstattungen in Hörsälen, Seminar- und Laborräumen und bei der EDV. Die Sozialverträglichkeit der Studiengebühren ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Seit dem Sommersemester 2010 müssen nur noch zwei Kinder einer kinderreichen Familie Studiengebühren bezahlen.

### *Auch in Zukunft ist die CDU zuverlässiger Partner der Studenten*

Rund um den Bologna-Prozess gab es in den vergangenen Jahren breite

---

Diskussionen. Dennoch halten wir die damit verbundene Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge für grundsätzlich richtig. Klar ist aber auch, dass Verbesserungen, dort wo sie nötig sind, kein Tabu sein dürfen. Wir werden darüber weiter den Dialog mit den Hochschulen, den Lehrenden und den

Studierenden führen und wollen gemeinsam Lösungen für die offenen Fragen finden. Insbesondere treten wir dafür ein, dass die international anerkannte deutsche Bezeichnung „Diplom-Ingenieur“ eine neue Zukunft bekommt.

Eine besondere Herausforderung ist die noch bessere Abbildung eines Querschnitts durch die Gesellschaft unter den Studenten. Wir wollen insbesondere, dass mehr Schulabsolventen mit Migrationshintergrund ein Studium aufnehmen können. Zu häufig entscheiden sie sich gegen ein Studium, obwohl sie die Voraussetzung dazu haben. Und auch zu häufig brechen gerade Studierende aus Migrantenfamilien ein begonnenes Studium ab. Wir wollen auch hier Talente optimal fördern und Chancen eröffnen.

Deshalb werden wir mehr gezielte Beratung und spezielle Coaching-Programme anbieten. Vor allem in den Anfangssemestern wollen wir so die Anlässe für einen Studienabbruch reduzieren.

Die CDU hat die baden-württembergische Hochschullandschaft zur erfolgreichsten in der Bundesrepublik gemacht. Bei der Landtagswahl am 27. März können Sie mit einer Stimme für die CDU dafür sorgen, dass dieser erfolgreiche Weg auch in Zukunft so weitergeht und Experimente zu Lasten der Studenten ausbleiben.

---

# Schöne alte Welt

Von Dejan Perc, SPD

Wahlkreis: Stuttgart I  
<http://www.dejan-perc.de>

Die Gesellschaft befindet sich im Wandel. Wir hier in Stuttgart merken dies in vielfältiger Weise. Nicht nur,

dass sich jedenfalls bei Großprojekten ein neues Verhältnis zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern breitzumachen scheint, sondern auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung insgesamt ist hier einiges evidenter als im übrigen Baden-Württemberg.

Während der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer seit 1955 kontinuierlich angestiegen ist und dann Anfang der 90er Jahre mit etwa 23 Prozent an der Gesamtbevölkerung Stuttgarts seinen Höhepunkt erreicht hat, sinkt er seitdem leicht, aber stetig. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund hingegen steigt kontinuierlich und liegt derzeit bei knapp 40 % der Stuttgarter Bevölkerung. Das bedeutet, dass wir es bei Migration und Integration nicht mit einem Randthema zu tun haben. Leider muss man das auch heute noch immer wieder betonen, weil manche Politikerinnen und Politiker es offensichtlich nicht wahrhaben wollen, dass sich die Gesellschaft gewandelt hat. Eine Schulklasse, die einen MigrantInnenanteil von 40 und mehr Prozent hat, ist daher nicht eine außergewöhnliche und schon gar nicht eine „Problemklasse“, sondern stellt somit eigentlich eher den Normalfall dar. Außergewöhnliche Klassen sind die Klassen, die einen signifikant geringeren Anteil an MigrantInnen haben. Ebenso ist es ein gesellschaftliches Problem, wenn im Studium sehr viel weniger Personen mit Migrationshintergrund anzutreffen sind. Ein Problem ist es deshalb, weil diese Unterrepräsentation ein Indiz für ungleiche Bildungschancen ist.

Zieht man nicht die hirnuarkige These, dass Intelligenz ethisch bedingt sei, als Erklärung heran, muss die Ursache der Ungleichheit woanders zu suchen

---

sein. Da es sich hierbei um ein durchgängiges Phänomen handelt – je höher die Bildungsstufe, desto weniger Migrantinnen und Migranten –, muss die Ungleichbehandlung System haben. Und es zeigt sich tatsächlich, dass wir hier systematische Verzerrungen haben. Personen ohne Migrationshintergrund (MH) haben zu 21 % einen Hauptschulabschluss. Mit MH sind es fast doppelt so viele (41 %). Sieht man sich die Fachhochschulreife bzw. das Abitur an, dann dreht sich das Verhältnis beinahe um: 44 % der Personen ohne MH haben die Berechtigung zu Studium, aber nur 28 % der Personen mit MH. Und eine Besserung ist nicht in Sicht: Im Schuljahr 2009/2010 lag der Anteil der deutschen Schülerinnen und Schüler in baden-württembergischen Gymnasien bei 95,5 %.

Da Bildungschancen auch Zukunftschancen sind, wirkt sich eine Fehlstellung in einem Bereich unweigerlich auch auf den anderen Bereich aus. Bei Personen mit MH ist der Anteil der Erwerbslosen 2,4fach höher als er dies bei Personen ohne MH ist (8,8 zu 3,7 %). Wer nicht möchte, dass wir Menschen systematisch ihrer Bildungs- und damit auch ihrer Fortkommenschancen berauben, muss also zum Schluss kommen, dass wir am Schulsystem einiges zu ändern haben.

Deshalb setze ich mich für einen kostenfreien Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten über die Schulen bis hin zu den Hochschulen ein. Wenn wir es nicht schaffen, schon in den Anfangsjahren die besten Bedingungen zu schaffen, rächt sich das früher oder später. Kitas sind keine Kinderaufbewahrungsanstalten. Ihnen kommt ein zentraler Bildungscharakter zu. Wenn man diese Erkenntnis ernst nimmt, die in anderen Ländern schon längst eine Selbstverständlichkeit ist, dann kommt man dazu, dass wir eine Aufwertung des Erzieherberufs und eine Kita-Pflicht analog zur Schulpflicht benötigen. Und wenn wir den Kita-Besuch zur Pflicht machen, dann ist der konsequenterweise kostenfrei zu stellen.

---

Kinder aus sozial schwachen Familien müssen durch längeres gemeinsames Lernen in Ganztagschulen mit gesundem Mittagessen besser unterstützt werden. Wir stellen fest, dass es leider häufig den Fall gibt, dass Kinder keine geregelten Essenszeiten haben, zum Teil nicht einmal ein warmes Essen am Tag. Eine Hausaufgabenbetreuung findet dabei ebenso wenig statt. Entweder sind die Eltern berufstätig, bei Alleinerziehenden noch viel mehr, oder sie sind vielleicht selbst nicht in der Lage, dem Kind angemessen zu helfen, weil sich vielleicht wegen sprachlicher Hemmnisse die Aufgaben nicht verstehen können. Hier ist das längere gemeinsame Lernen in der Gemeinschaftsschule die angezeigte Antwort, die sich aus den vielen Bildungsstudien ableiten lässt.

Dem Aussortieren, dem Segregieren und dem Hochhalten der Mär, nur durch das Fördern von Elite und Exzellenz sei den Begabten wie weniger Begabten, den AkademikerInnenkindern wie den bildungsfernen Kindern am ehesten gedient – jeder für sich, damit man sich ja nicht gegenseitig stört –, muss endlich ein anderes Verständnis von Bildung und von Bildungsgerechtigkeit entgegengesetzt werden. Dafür setze ich mich ein und hoffe dabei auf Ihre Unterstützung. Für einen echten Wechsel!

---

---

# „Bildung braucht Vielfalt“

## - Plädoyer für ein differenziertes Bildungssystem -

Von Gabriele Heise, FDP

Wahlkreis: Stuttgart II  
<http://www.gaby-heise.de>

Vergleicht man die verschiedenen Landtagswahlprogramme miteinander, stellt man fest: alle sind sich dar-

in einig, dass **Bildung eine herausragende Rolle** spielen muss. Gut so!

An dieser Stelle hört es mit den parteiübergreifenden Gemeinsamkeiten dann aber auch schon (fast) wieder auf. Die Ansichten darüber, welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, gehen weit auseinander. Sehen SPD und Linke die Lösung aller Probleme etwa in der Einführung der Einheitsschule, plädiert die CDU für die strikte Beibehaltung des bisherigen Systems. Glauben einige, Bildung müsse zum Nulltarif zu haben sein und versprechen marktschreierisch die Abschaffung sämtlicher Gebühren, von der Kita bis zur Hochschule, weisen die anderen – zu Recht - darauf hin, dass gute Bildung kostet und solide finanziert werden muss, und zwar auf Jahre, nicht nur für den Augenblick des Wahlkampfes. Also: was tun?

Gute Bildungspolitik zeichnet sich für mich dadurch aus, dass sie allen – unabhängig von Herkunft und Geldbeutel – **gleiche Chancen bietet, nicht gleiche Erfolge verspricht**. Es kann nicht darum gehen, jedem – unabhängig von seinen persönlichen Fähigkeiten und seiner Leistungsbereitschaft – zum Hochschulabschluss zu verhelfen, sondern darum, allen, die Abitur machen und studieren wollen, die Chance zu geben, dieses Ziel erreichen zu können. Der Weg dorthin beginnt früh, deshalb darf Bildungspolitik nicht erst im Schulalter ansetzen, sondern bereits bei den ganz Kleinen.

### Frühkindliche Bildung ausbauen

Der Spruch „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist nur zu wahr. Folgerichtig werden Kinderbetreuungseinrichtungen nicht mehr als „Aufbewahrungsanstalt“, sondern als Bildungseinrichtung begriffen. In der Gruppe



---

der Drei- bis Sechsjährigen besuchen mittlerweile landesweit 94 % der Kinder eine Einrichtung. Ganz anders sieht es aber nach wie vor bei den Kleinkindern im Alter von 0 bis 3 Jahren aus: hier stehen gerade mal für knapp 20 % der Kinder Plätze zur Verfügung. Deshalb muss an dem **Ausbau der Betreuungsplätze** für unter Dreijährige bis 2013 (und darüber hinaus) festgehalten werden. Angesichts der gewaltigen Kosten, die mit einem bedarfsgerechten Ausbau verbunden sind, sind die Forderungen nach Abschaffung der Kita-Gebühren der falsche Weg. Den Kommunen würden diese Einnahmen fehlen, die sie dringend brauchen, um den Ausbau an hochwertigen Betreuungsplätzen weiter voranzutreiben. Deshalb gilt für mich: **erst Ausbau, dann Diskussion über die Abschaffung der Gebühren**. Den Eltern und Kindern, die dringend einen Betreuungsplatz suchen, würden wir mit der Gebührenfreiheit einen Bärendienst erweisen. Das ist weder gerecht noch gerechtfertigt. Dass Gebühren Eltern davon abhalten, ihre Kinder in einen Kindergarten zu schicken, wie viele gerne behaupten, wird widerlegt durch den hohen Anteil an Kindern, die tatsächlich eine Einrichtung besuchen bzw. besuchen wollen. Er ist in Baden-Württemberg höher als in jedem anderen Land einschließlich solcher, die keine Gebühr erheben.

### **Schulen stärken**

Die verantwortungsvollen Aufgaben, die Schule heute hat, können am besten durch ein **vielfältiges und differenziertes Schulsystem** erfüllt werden. Es kann am ehesten der Vielfalt der Lernenden, ihren unterschiedlichen Fähigkeiten, Begabungen und Erfahrungen gerecht werden. Deshalb halte ich nichts davon, sich in ideologischen Grabenkämpfen über die einzig richtige Schulstruktur zu verlieren. Entscheidend ist, was am Ende steht: eine bessere Bildung für mehr, nicht eine schlechtere Bildung für alle. Die Annahme, dass einer bestimmten Schulstruktur zwangsläufig eine bessere Bildung folgen muss, ist falsch. Die Einheitsschule versagt bei der individuellen Förderung und birgt die Gefahr, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler nicht hinreichend gefördert werden und das Niveau insgesamt absinkt. Umgekehrt kön-

---

nen starre Strukturen, wie wir sie zurzeit beim gegliederten Schulsystem in vielen Bereichen finden, Entwicklungspotential verkennen und zu falschen Weichenstellungen führen. Die Lösung liegt in einem System, das den Schulen und den Verantwortlichen vor Ort mehr Freiheit und Eigenständigkeit einräumt – sei es bei der Wahl des Personals, der Wahl der Unterrichtsform und der Wahl des Budgeteinsatzes.

Vielfalt erfordert darüber hinaus auch mehr **Ganztagsschulen** – sei es in gebundener oder offener Form. Hier liegt Baden-Württemberg deutlich zurück, ein Ausbau tut dringend Not.

Schließlich ist Voraussetzung für Vielfalt nicht nur, dass unterschiedliche Bildungswege zur Verfügung stehen, sondern auch, dass neben staatlichen Schulen **Schulen in freier Trägerschaft** existieren und gleichberechtigt sind, was ihre finanzielle Ausstattung angeht. Auch hier besteht Handlungsbedarf.

Noch ein Wort zu **G8**: Schulen brauchen, ebenso wie Schüler und Eltern, Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Deshalb sollten die bereits eingeleiteten Reformen nicht vorschnell gestoppt werden. Fehler im System, wie die hohe Stofffülle, die Stundenbelastung und der Druck, unter dem G8-Schüler stehen, müssen aber dringend beseitigt werden.

### **Zukunft der Hochschulen sichern**

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist Grundlage für die Exzellenz unserer Hochschulen und für ihre nationale wie internationale Wettbewerbsfähigkeit. Fakt ist, dass dies nur erhalten werden kann, wenn die Hochschulen über hinreichende finanzielle Mittel verfügen. Hier ist das Land in der Pflicht und muss Prioritäten setzen. Zwar gibt Baden-Württemberg deutschlandweit mit 7.000,00 EUR pro Studierendem am meisten Geld aus, allerdings bedarf es noch höherer Investitionen, soll die Qualität gehalten bzw. verbessert werden.

Eine wichtige Finanzierungssäule der Hochschulen sind die **Studiengebühren**. Ich halte es grundsätzlich für richtig, dass sich Studierende an den Kosten des Hochschulwesens, von dem sie direkt profitieren, beteiligen. Allerdings dürfen sie nicht zu einem Ausschluss vom Studium führen. Deshalb bin ich da-

---

für, die geltende Regelung sofort fälliger Studiengebühren durch ein System nachgelagerter und einkommensabhängiger Entgelte zu ersetzen. Nach diesem Modell werden die Studiengebühren erst nach Einstieg in das Berufsleben und Erreichung einer bestimmten Einkommensuntergrenze an die Hochschule gezahlt. Dieses System darf selbstverständlich nicht zu einer Verschlechterung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen während des Studiums führen. Es ist Aufgabe des Landes, dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung gesichert ist.

Unbestritten ist, dass die **Umsetzung des Bologna-Prozesses** bisher nicht erfolgreich war. Die Hochschulen sollten die Möglichkeit bekommen, das Diplom wieder einzuführen. Die Studierenden können dann wählen, für welche Form des Studiums sie sich entscheiden. Auch hier wäre mehr Vielfalt und Autonomie statt starrer Regelungen vorteilhaft.

Um bei gestuften Studiengängen ein bedarfsgerechtes Studienplatzangebot zu sichern, muss auf ein ausgewogenes Verhältnis von Bachelor- und Master-Studienplätzen hingewirkt werden, aktuell ist der Flaschenhals zu eng. Dennoch gilt auch hier: es geht nicht um Gleichmacherei und Automatismus, sondern um Chancengerechtigkeit. Deshalb lehne ich einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz, wie von einigen gefordert, ab.

## **Fazit**

Bildung ist Voraussetzung für Mündigkeit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Sie muss jedem Menschen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden. Sie kostet viel Geld – das sollte sie uns wert sein!

---

# Bildungspolitik in Baden-Württemberg

**Von Andrea Krueger, CDU**

Wahlkreis: Stuttgart I  
<http://www.krueger-mdl.de>

Baden-Württemberg ist im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik bundesweit an der Spitze. In der

vergangenen Legislaturperiode wurden von der CDU-Landtagsfraktion und der Landesregierung zahlreiche erfolgreiche Reformen im schulischen und hochschulischen Bereich initiiert und umgesetzt. Im schulischen Bereich haben wir so u.a. für alle Schularten die Absenkung des Klassenteilers beschlossen und treiben den Ausbau der beruflichen Gymnasien weiter voran. Allein zum kommenden Schuljahr können dort 100 zusätzliche Klassen angeboten werden. Gradmesser für den Erfolg unserer Politik ist unter anderem, dass wir europaweit die geringste Jugendarbeitslosigkeitsquote verzeichnen können. Als Vorsitzende der Enquêtekommission „Fit fürs Leben in der Weiterbildungsgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, die der Landtag 2009 eingerichtet hatte und deren Arbeitsergebnisse ich vor wenigen Wochen dem Parlament übergeben konnte, ist es mir besonders wichtig, dass wir allen jungen Menschen in unserem Land ihren individuellen Bildungsweg entlang ihrer Interessen und Fähigkeiten eröffnen. Dabei gilt das Motto „kein Abschluss ohne Anschluss“. Dass dieses Motto trägt zeigt sich daran, dass schon heute rund die Hälfte der Studienzugangsberechtigungen (Abitur und Fachhochschulreife) an den beruflichen Schulen erworben wird.

Die Zukunft Baden-Württembergs entscheidet sich auch in den Hörsälen und Forschungslabors unserer Hochschulen. Wissenschaft und Forschung sind bestimmende Standortfaktoren für ein Land, das kaum über Rohstoffe verfügt. Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg weiterhin als international renommierten Standort für hervorragende Lehre, innovative Forschung und

---

rasche Umsetzung in Produkte zu behaupten und auszubauen. Eine an diesen klaren Zielen ausgerichtete Reformpolitik führte in der vergangenen Legislaturperiode dazu, dass die Hochschulen deutlich modernisiert wurden und freier, selbstbewusster und effizienter agieren konnten. Baden-Württemberg bietet höchst differenzierte Studienmöglichkeiten an Universitäten und Universitätsklinika, Kunst- und Musikhochschulen, den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und den Akademien. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schafft das Land optimale Forschungsbedingungen.

Dies lässt sich Baden-Württemberg etwas kosten: etwa elf Prozent des Landeshaushaltes entfallen auf die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Kunst. Dieser Anteil ist der höchste aller Bundesländer. Mit dem Solidarpakt I im Jahr 1997 und dem Solidarpakt II im Jahr 2007 gab das Land den Hochschulen zudem einzigartige Garantien über sichere finanzielle Rahmenbedingungen.

Die neun Landesuniversitäten bieten Lehre und Forschung auf höchstem Niveau, decken das gesamte Spektrum an grundständigen Bachelor-, weiterqualifizierenden Master- und strukturierten Promotionsstudienangeboten ab. Ein Beleg für den Erfolg ist das hervorragende Abschneiden in der Exzellenzinitiative. Vier der bundesweit insgesamt neun Exzellenzuniversitäten kommen aus Baden-Württemberg.

Zu den zentralen Errungenschaften in der vergangenen Legislaturperiode gehört die Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) und deren Gründung am 1. März 2009. So gelang es, die duale Hochschulausbildung als eigenständige Säule des tertiären Bildungsbereichs im Land zu etablieren. Die DHBW verbindet als bundesweit einzige Hochschule eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium. Mit mehr als 25.000 Studierenden zählt sie zu den

---

größten Hochschulen des Landes.

Heute studieren 294.000 junge Menschen in Baden-Württemberg – ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Dies zeigt deutlich, dass sozialverträgliche Studiengebühren, wie es sie in Baden-Württemberg gibt, nicht vom Studium abschrecken. Die zusätzlichen Einnahmen seit dem Sommersemester 2007 helfen den Hochschulen, stärker in die Lehre und die Betreuung zu investieren. Die Studierenden entscheiden über die Verwendung mit. Das Gesetz schreibt vor, dass die Gelder zweckgebunden für Studium und Lehre eingesetzt werden. Pro Jahr erhalten die Hochschulen so rund 135 Mio. Euro zusätzliche Einnahmen. Knapp 500 Mio. Euro konnten bislang ausgegeben werden: für verlängerte Öffnungszeiten und neue Bücher in Bibliotheken, bessere Lehre und Betreuung durch zusätzliche Tutorien und Lehrveranstaltungen, moderne technische Ausstattung in Hörsälen, Seminar- und Laborräumen und bei der EDV. Die Sozialverträglichkeit der Studiengebühren ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

Absolventinnen und Absolventen des doppelten Abiturjahrganges 2012 sollen ebenso gute Chancen auf einen Studienplatz haben wie frühere Jahrgänge. Das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ umfasst 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg. Das entspricht etwa der Kapazität von drei großen Universitäten. Der Ausbau orientiert sich am Bedarf des Arbeitsmarktes, soll aber gleichzeitig ein breites Spektrum an Studienmöglichkeiten bieten. Damit die Studierenden gut betreut werden können, sind im Ausbauprogramm zusätzliche 1.500 Stellen für Lehrende enthalten. Das Geld wird auch für mehr Räume und einen Ausbau der Infrastruktur verwendet.

Der 1999 gestartete Bologna Prozess hat erheblich zu einer erfolgreichen Modernisierung der deutschen Hochschulen beigetragen. Die Landespolitik hatte es sich zur Aufgabe gemacht, bis 2010 einen einheitlichen

---

europäischen Hochschulraum zu schaffen, Qualität von Studienangeboten zu verbessern und mehr Beschäftigungsfähigkeit zu vermitteln. Dieses zentrale Ziel, war und ist richtig und konnte erfolgreich umgesetzt werden. Allein in Baden-Württemberg wurden bisher 948 Bachelor- und 644 Masterstudiengänge erfolgreich abgeschlossen. Auch über 2010 hinaus werden die 46 Bologna-Mitgliedstaaten, Hochschulen, Studierende und weitere Beteiligte an dem Ziel einer vielfältigen, attraktiven und transparenten europäischen Hochschullandschaft arbeiten.

Ein Meilenstein war die Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2006/07. Meistern und gleichwertig Fortgebildeten eröffnete sich erstmals der offene fachgebundene Zugang ohne Eignungsprüfung. Im Juni 2010 wurde das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung beschlossen, durch das Meister und Berufstätige mit gleichwertiger beruflicher Fortbildung künftig den allgemeinen Hochschulzugang erhalten. Auch andere beruflich Qualifizierte können künftig unter bestimmten Voraussetzungen in ihrer Berufsausbildung und -tätigkeit fachlich entsprechendes Studium aufnehmen.

Die Schulen und Hochschulen in Baden-Württemberg bieten beste Möglichkeiten und Grundlagen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Den Studierenden wünsche ich, dass sie diese Chancen nutzen und damit ihren eigenen Lebensweg gestalten können.

---

# Für eine gebührenfreie und solidarische Bildung

Von Christoph Ozasek, DIE LINKE

Wahlkreis Stuttgart I  
<http://www.ozasek.de>

Die Landesregierung steht in Bildungsfragen zu Recht seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik. Qualitative Probleme wie zu große Klassen, schlechte Lern- und Lehrbedingungen und massiver Unterrichtsausfall sind dabei oftmals Ärgernis der Eltern, während Bildungsforscher, SchülerInnen und StudentInnen ihre Kritik auf die Struktur des Bildungswesens richten.

Kommt dem Staat, vereinfacht ausgedrückt, die Funktion der Verteilung von Ressourcen zu, so ist in bildungspolitischer Hinsicht festzustellen, dass er dies in Baden-Württemberg besonders ungerecht praktiziert. In der Zuweisung von Chancen auf hohe Bildungsabschlüsse haben Kinder aus bildungsnahen Schichten eine bedeutend höhere Aussicht auf Bildungserfolg, als Kinder aus der Unterschicht. Dies wird augenscheinlich bei den Übergangsquoten von der Grundschule in die Sekundarstufe. Besonders bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund verstärkt sich dieser Effekt, was in einem Bundesland wie Baden-Württemberg mit knapp 25 % MigrantInnenanteil eine besonders verheerende Wirkung entfaltet.

Doch warum organisiert das Bildungswesen in Baden-Württemberg systematisch Ungleichheit? Im Kern geht die Struktur der Mehrgliedrigkeit im Schulwesen auf die Ständegesellschaft des 19. Jahrhunderts zurück, in der höhere Bildung dem herrschenden Adel als Privileg zur Verfügung stand, während sie dem niederen Stand vorenthalten blieb. Die Geburt in die Oberschicht wurde als Gotteswille zur Herrschaft interpretiert. Diese göttlich legitimierte Herrschaft ist heute gewiss in weiten Teilen überwunden, doch die Reproduktion der Herrschaft der Eliten durch das System blieb bestehen. Die Landesregierung klammert sich noch immer verbissen an diese Struktur und seine Unge-



---

rechtigkeiten, obwohl die vergleichende Bildungs- und Sozialforschung vielfach die sozialen Folgen in gravierender Weise aufgezeigt hat und die niedrigen Bildungsabschlüsse längst in die Perspektivlosigkeit und nicht mehr in gesicherte Beschäftigung im Handwerk oder am Fließband münden. Besonders deutlich hat im Jahr 2007 der UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Bildung, Prof. Venor Munoz, die Diskriminierung im deutschen Schulwesen auf den Punkt gebracht. Er plädierte in der Zusammenfassung seines Berichtes dafür, „Aktionen einzuleiten, um soziale Ungleichheiten zu überwinden und um gleiche und gerechte Bildungsmöglichkeiten für jedes Kind sicherzustellen, insbesondere für diejenigen, die dem marginalisierten Bereich der Bevölkerung angehören.“ Und selbst das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellte fest: „[Es] entscheidet in kaum einem anderen Industriestaat die sozio-ökonomische Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland.“

Doch der Landesregierung ist es nicht genug, den ungerechten Status quo zu konservieren. Es geht längst darum, Bildung für Marktmechanismen zu öffnen und damit von einer öffentlichen Aufgabe zu einer käuflichen Ware zu machen. Um dies zu erreichen wird im Bildungssystem systematisch eingespart. Dies zeigt sich in der Verkürzung der Schulzeit durch G8, das kalkulierte Schulersterben durch die Werkrealschule und Streichung von 6.500 LehrerInnenstellen bis 2014. Bei der privaten Nachhilfe liegt Baden-Württemberg bereits heute an der Spitze aller Bundesländer. Jeder 5. Viertklässler erhält Deutsch-Nachhilfe und jeder 6. Zusatzunterricht in Mathematik. Bis zur Oberstufe nimmt der Bedarf nochmals deutlich zu. 180.000 SchülerInnen im Südwesten erhalten heute Nachhilfeunterricht. Die Eltern bezahlen dafür bis zu 250 Millionen Euro pro Jahr.

Doch das System gerät ins Wanken. Bei den Eltern setzt eine Flucht vor der längst als Restschule entlarvten Hauptschule ein und auch die Realschule wird so gut es gelingt für das eigene Kind vermieden. Der Landesregierung fällt nun nichts Besseres ein, als den im Protest von Eltern, Schülern und Leh-

---

ern verbrannten Kultusminister Rau in die Staatskanzlei zu verfrachten und eine bayerische BWL-Professorin zu berufen, die an der Bundeswehruniversität zu München promovierte. Das Ziel ist klar: Es wird weiterhin durchexerziert und rationalisiert. Aber bitteschön mit einem unverbrauchten Gesicht an der Spitze.

Jedoch ist der bildungspolitische Scherbenhaufen noch nicht abschließend beschrieben. Beim Ausbau der frühkindlichen Bildung hinkt Baden-Württemberg hinterher. Viel zu wenig Geld wird vom Land für den Ausbau von Kitas bereitgestellt, obwohl ab 2013 der Rechtsanspruch für unter 3-Jährige kommt. Auch die Arbeitsbelastung und Entlohnung des Personals ist skandalös. Es fehlt landesweit an Ganztagsbetreuungseinrichtungen die der heutigen Arbeitswelt auch nur annähernd entsprechen. Diese Verhinderungspolitik der Landesregierung richtet sich jedoch nicht nur gegen die Chancengleichheit der Kinder, sondern auch gegen die berufliche Teilhabe von Frauen.

Auch die Hochschullandschaft steckt im ständigen Reformchaos fest. Besonders der doppelte Jahrgang im Übergang von G9 zu G8 wird zum Härtefall für die Bologna-geplagten Institutionen. Während in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der StudentInnen um 40 % zugenommen hat, beträgt der Zuwachs von Haushaltsmitteln lediglich 20 %. Die Lücke wurde durch Personaleinsparungen, Drittmittel und Studiengebühren geschlossen. Berufliche Chancen im akademischen Mittelbau sind deshalb kaum noch gegeben, hochqualifiziertes Lehr-Personal betreibt eine Hochschul-Hopping um nicht durchs Raster der Befristung zu fallen. DIE LINKE fordert daher ein bundesweites Programm für 100.000 Stellen für NachwuchswissenschaftlerInnen und unbefristete und tariflich gesicherte Anstellung. Mit überfüllten Hörsälen muss endlich Schluss sein.

Bologna hat aber auch zur massiven Verschulung und Verengung des Studiums geführt. Eine qualitativ hochwertige Breitenbildung weicht dabei dem „Bulimie-Lernen“ und der Praktika-Endlosschleife. Die erzwungene Exzellenzorientierung forciert den unsinnigen Wettbewerb zwischen Hoch-

---

schulstandorten, ohne dass für die auserlesenen Hochschulen deutlich verbesserte Lehr- und Lernbedingungen erfolgen würden. Die Einführung der Studiengebühren sorgt für noch mehr Druck zur Erwerbsarbeit neben dem Studium, was bereits heute für 2/3 der Studierenden Alltag ist. Viele StudentInnen müssen sich nun bei den Banken verschulden. Das BAföG für gerade einmal 16 % der HochschülerInnen reicht vorne und hinten nicht zum Leben. Der Druck steigt, psychische Erkrankungen unter Lernenden nehmen deutlich zu.

Was setzt DIE LINKE der Bildungspolitik von Union und FDP an solidarischen Alternativen entgegen?

DIE LINKE fordert:

- Ein Gemeinschaftsschulmodell, das Lernende von der 1. zur 10. Klasse zusammenführt anstatt zu separieren
- Individuelle Betreuung, um eine optimale Förderung zu ermöglichen
- Die Inklusion von Kindern mit Behinderungen in den Regelschulbetrieb
- SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen an jede Schule
- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni
- Zugang zu den Hochschulen erleichtern – Rechtsanspruch auf einen Masterplatz
- Das BAföG muss zu einer tatsächlichen rückzahlungsfreien und elternunabhängigen Grundsicherung für StudentInnen weiterentwickelt werden
- Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat, Finanzhoheit und Satzungsautonomie
- Geschlechterquote bei der Berufung von ProfessorInnen.
- Einführung einer Zivilklausel, um jegliche Kriegs- und Rüstungsforschung an Hochschulen zu unterbinden.

Bildung ist Menschenrecht und öffentliche Zukunftsaufgabe. Mit der Verwaltung des Mangels muss endlich Schluss sein.

---

# Bildungsblockaden abbauen

## Gerechtigkeit und Vielfalt für Schule und Hochschule

Von Werner Wölfle, Bündnis 90 / Die GRÜNEN

Wahlkreis: Stuttgart II

<http://www.werner-woelfle.de>

Einen Wunsch verbinde ich vor allem mit den Universitäten, wie mit anderen Bildungseinrichtungen: Sie

sollen so aussehen, wie unsere Gesellschaft möglichst auch aussehen sollte – bunt, vielfältig und gerecht.

Um das zu erreichen, lässt sich gerade in Baden-Württemberg vieles auf den Weg bringen. Und das gerade von der Landespolitik, die in der Bildung ihren wahrscheinlich wichtigsten Zuständigkeitsbereich hat. Wichtige Schritte dahin können zum Beispiel bei sozialer Gerechtigkeit, bei mehr Mitbestimmung, und bei einem stärkeren Einsatz für Nachhaltigkeit gemacht werden.

Eine ganz wichtige Aufgabe ist für mich die Anstrengung für mehr **Gerechtigkeit** in unserem Bildungswesen. Gegen die **soziale Auslese**, die in unserem Land stärker ausgeprägt ist als in den meisten anderen Ländern, muss von der frühkindlichen Bildung über die Schulen bis zu den Universitäten so nachdrücklich wie möglich vorgegangen werden. Dafür setzen wir GRÜNEN uns mit verschiedenen Konzepten wie dem längeren gemeinsamen Lernen, der individuellen Förderung jedes Kindes und auch weitergehender Autonomie der Schulen ein.

Für die Universität gilt wie für alle anderen Bereiche: Eine Förderung von denjenigen mit schlechteren Ausgangsvoraussetzungen führt zu mehr Gerechtigkeit – damit es nicht dabei bleibt, dass in Deutschland mehr als irgendwo sonst der Geldbeutel der Eltern über die Zukunftschancen der Kinder entscheidet. Schon lange wird über das Ziel geredet, 50 Prozent eines Altersjahrgangs im Laufe des Lebens an ein Hochschulstudium heranzuführen. Davon sind wir weit entfernt, und kommen diesem Ziel unter

---

der Regierung von CDU/FDP seit Jahrzehnten auch nicht näher.

Das größte Hindernisse auf diesem Weg sind die Studiengebühren, mit denen die schwarz-gelbe Regierung die Unterfinanzierung der Universitäten ausgleichen wollte. Sie sind sozial ungerecht und halten vor allem Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Elternhäusern von einem Studium ab. Deswegen brauchen wir zuerst die Rücknahme der Studiengebühren für das Erststudium. Ein weiterer wichtiger Baustein ist dabei auch, das Bafög einfacher zugänglich machen und in der Höhe so zu gestalten, dass es zur Finanzierung des Studiums wirklich ausreicht.

Um eine **Diversität** zu erreichen, die die spannenden Verhältnisse in unserer Gesellschaft wiedergibt, müssen sich die Hochschulen viel stärker auf unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen einstellen. Wir wollen mehr beruflich Qualifizierte, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Arbeiterkinder und mehr ausländische Studierende an unseren Hochschulen. Nur dann bleibt das Studium nicht auf Dauer ein Privileg, das wenigen vorbehalten ist. Wir brauchen mehr Teilzeitstudiengänge, weil das berufs begleitende Studium oder auch das Studieren mit Kindern zunimmt. Und wenn man an der Uni ist, muss man sich unabhängig von den Voraussetzungen, die man mitbringt, so frei wie möglich bewegen können. Hochschulen müssen barrierefrei und mit Hilfsmitteln ausgestattet werden, damit sie für Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderung uneingeschränkt zugänglich sind. Wir GRÜNE unterstützen Hochschulen und Hochschularten, die unterschiedliche Profile und Schwerpunkte entwickeln und damit die Vielfalt der Studienangebote und -formen vergrößern.

Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die Unis auf das breitere Spektrum an Studierenden eingerichtet sind. Angesichts der aktuellen geburtenstarken Jahrgänge und der doppelten Abiturjahrgänge fordern wir GRÜNEN als kurzfristige Maßnahme mindestens 20.000 zusätzliche

---

Studienanfängerplätze bis 2012, denn gleichzeitig wird die von uns begrüßte Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildiensts die Nachfrage nach Studienplätzen kurzfristig noch erhöhen. Wir wollen es den Hochschulen dabei freistellen, wie sie ihre Auswahlverfahren gestalten, sofern dabei Transparenz und Fairness gewährleistet sind.

Dabei muss im Hintergrund eine sinnvolle Steuerung der **Bologna-Reformen** stehen. Hier gilt: Mehr individuelle Wahl-Freiheit lässt jeden das für ihn beste Studium wählen. Die Entscheidung über ein Praxis-Semester oder ein Ausland-Studium darf dem/der Einzelnen nicht durch ein beengtes Studienkorsett aus der Hand genommen werden. Der durch die Reform entstandene Stress widerspricht dem eigentlichen Sinn eines Studiums. Studenten wünschen sich mehr Zeit im Studium, um sich mit einem Thema mal länger als nur bis zur nächsten Prüfung zu beschäftigen.

Bei allen Reformen der letzten Jahre wurde auch immer wieder deutlich: Schwarz-gelb befördert, gewollt oder nicht, die Elitenbildung, über die die Ausbildung der breiten Masse gerne ins Hintertreffen gerät. Spitzenhochschulen und Spitzenforschung, wie wir sie glücklicherweise in Baden-Württemberg haben, sind ein Grund stolz zu sein und daran weiter zu arbeiten. Aber gleichzeitig darf das nicht dazu führen, dass es für die Breite der Studierenden an der nötigen Ausstattung und dem nötigen Platz fehlt, um ein Studium auf hohem Niveau zu garantieren. Auch das zeichnet nämlich die deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich aus. Und auch hierfür muss genügend Geld da sein.

Um mehr Gerechtigkeit herzustellen, müssen **demokratischere Strukturen** für alle Bereiche das Ziel sein. Das Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung, Hochschulen nach dem Vorbild von Unternehmen umzubauen, hat insgesamt zu weniger Beteiligung aller Hochschulangehörigen an ihren gemeinsamen Angelegenheiten geführt. Wir

---

GRÜNEN setzen uns für selbstbewusste Hochschulen ein, die Verantwortung wahrnehmen und Entscheidungen treffen, für die sie der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ablegen. Eigenständige Hochschulen brauchen eine demokratisch legitimierte Leitung mit professionellem Management, gewählte Gremien, in denen alle Hochschulmitglieder angemessen vertreten sind, sowie ein umfassendes Qualitätsmanagement, an dem ebenfalls alle Hochschulmitglieder beteiligt sind. Eine Vorstellung ist zum Beispiel, dass Hochschulen ihren Rektor oder ihre Rektorin beispielsweise durch Direktwahl von der gesamten Hochschulgemeinschaft wählen lassen können.

Bisher eher am Rand betrachtet wird der Grundsatz des **nachhaltigen Handelns**, der auch an den Universitäten als Grundlage genommen werden kann und muss. Dabei könnte auch hier mit wenig Aufwand viel bewirkt werden, einerseits durch ganz praktische und ökologische Sparkonzepte, etwa beim Energieverbrauch. Und andererseits besteht hier die Möglichkeit, ein Bewusstsein dafür fest zu verankern. Dazu liegen bereits Vorschläge für Energiesparkonzepte vor, durch die das Land als Betreiber der Hochschulen einen ganz praktischen und nicht zu kleinen Beitrag leisten kann. Wir glauben: Eine größere Entscheidungsfreiheit der einzelnen Universität führt zu ökonomischerem und ökologischerem Umgang mit Ressourcen. Natürlich gibt es auch für den/die Einzelne viele Spielräume, mit geringem Aufwand viel beizutragen. Man denke nur mal kurz an den eigenen Papierverbrauch.

Ein bunteres, gerechteres Bildungs- und Hochschulsystem ist unter der aktuellen Regierung nicht in Sicht, die hier wie in vielen Bereichen auf stures Weitermachen geschaltet hat. Am 27. März besteht die Chance dazu, diesem Weitermachen Einhalt zu gebieten!

---

# Theaterhaus: On the nature of Swabians

Von Timo Dersch

Ulrich Kienzle stands relaxed at the exit of the big hall of the Theaterhaus Stuttgart. He signs books, makes a little small talk here and there, and seems happy with a successful evening. And he has good reason to do so. His show, a kind of lecture combined with musical intermezzos, was booked up for all dates they had here at the Theaterhaus.

The show involves the journalist and publicist Ulrich Kienzle, and his supporting band „Die Frotzler,“ derived from the well known group „Tango Five.“

In his two and a half hour lecture, which reminds the audience of a history lesson, the journalist who once started his career for the Süddeutscher Rundfunk and made himself a name as a correspondent for TV stations like MDR and ZDF, gives a satirical overview of the Swabian’s dialect, their way of behavior, the regional historical context and mocks the Swabian mentality as often as possible. The ordinary jokes about Swabians are not denigrating in the least. It is more a winking declaration of love to a (weird) bunch of people.

Their language and mentality is analyzed precisely, for example the audience learns that the usage of the word „asshole“ is pretty normal for Swabians and can express positive chummy relations between conversational partners. It is also a mandatory term in the vocabulary of every Swabian politician.

Who could do better analyzing such things than a real, washable Swabian? Born and raised in Neckargröningen, near Ludwigsburg, Kienzle definitely knows what he speaks about. Not only his origins influence this play, also his former studies in political science and his job experiences give him the ability to mock the politics of the Swabian local politicians on a high level.

His musical support is nothing to sneeze at as well. The musicians, who built the foursome “Tango Five” out of a student music group 25 years ago, are



---

nowadays well-known all over the country and reached cult status in some areas. They all studied their instruments at different universities and made names for themselves as soloists, even internationally. Three of them formed “Die Frotzler,” the band which was created for the project with Kienzle. But in the show they are not just functioning as background musicians, they interact with Kienzle, interposing Swabian words, slogans, or sometimes even a little joke.

This works well, because all of them have their origins in the Swabian area and live close to Stuttgart. Their name derives from the not very widely recognized and used German verb “frotzeln”, which means to mock someone a little. So their name on the one hand represents a link to what they are doing in their show, on the other hand “Frotzler” is also a common Swabian name and stands for the people they are mocking.

It can be an advantage to come from the local area while listening to them. One can find himself in the descriptions or laugh at one point or another a little bit louder, because one was just reminded of a neighbor. But you don’t have to be a Swabian to watch and enjoy this piece. The main language is still standard German.

Now, after their last Theaterhaus show, they tour through Baden-Württemberg, next stop Heilbronn. They will even travel to Berlin, to give Berliners an understanding of the slow but steady establishment of the Swabian in their hometown.

After their tour, Kienzle and his “Frotzler” will be back in the Theaterhaus in February with a follow up on their success which will be named “The Swabian. How he became what he is.” The content sounds similar, but promising nonetheless.

---

# Studierende wählen ihr eigenes Wahlergebnis ab

Von Nils Langer



Die gesetzlich vorgesehenen Studierendenvertretungen in BaWü sind derart organisiert, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Um trotzdem eine funktionierende Studierendenvertretung zu ermöglichen, haben sich außerhalb des gesetzlichen Rahmens andere (unabhängige) Strukturen zur Selbstverwaltung etabliert. Daher werden hier das bisherige Modell „Faveve“ sowie die neue „StuVe“ als U-Modelle bezeichnet.

**Faveve** bedeutet FachschaftsvertreterInnenversammlung.

**StuVe** ist die Kurzform für Studierendenvertretung.

Was ist da bloß passiert? Am 20.1. war eine Vollversammlung an der Uni Stuttgart: Das neue Vertretungsmodell StuVe stand zur Abstimmung – und wurde abgelehnt.

Nachdem die Liste Bildungsstreik vergangenes Jahr mit einem sehr ähnlichen Modell in den Wahlkampf gegen die Fachschaften zog, bekam sie insgesamt 26,7% der Stimmen, in Stadtmitte sogar 60%. Das wurde als Auftrag zur Änderung des U-Modells gedeutet.

Im Sommer 2010 wurde nach den Wahlen als Konsequenz ein Wochenendseminar veranstaltet: Faveve und Bildungsstreik fuhren aufs Land und entwickelten die StuVe. Sie war ein gemeinsames Kind beider Gruppen, auch die wesentlichen politischen Hochschulgruppen an der Uni Stuttgart waren grundsätzlich mit dem System-Vorschlag einverstanden. Die StuVe eröffnet studentischen Aktiven die Möglichkeit zur unkomplizierten Teilhabe an der Studierendenvertretung und bricht mit dem Monopol der Fachschaften. Gerade letzteres kann als ihre Entmachtung verstanden werden, wurde aber auch

---

von den stimmreichen, großen Fachschaften Maschinenbau und Luft- und Raumfahrttechnik angenommen.

Die Änderung des U-Modells war für die Beteiligten eine Anpassung an die Bewegungen der letzten Jahre: Proteste und Vernetzung mit anderen studentischen Vertretungen wurden fast ausschließlich von Personen außerhalb der Faveve betrieben, welche sich jeweils zu einer Art Schattenvertretung etablierten. Hinzu kommen die aktuellen Entwicklungen im Bologna-Prozess: Studierende sind häufig nur noch drei Jahre in Stuttgart, die Teilnahme an uniweiten Vertretungsfragen muss da einfacher und direkter ermöglicht werden als bisher. Dies hätte die StuVe geleistet.

Nach weiteren Diskussionen im Wintersemester wurde schließlich die Satzung ausgearbeitet und nach fast dreimonatiger Verspätung auch die Vollversammlung durchgeführt. Gemietet waren drei große Hörsäle, die Platz für knapp 2000 Studierende geboten hätten.

Am 20.1. waren lediglich 133 Leute bei den Versammlungen anwesend, mehr als die Hälfte stimmte dagegen. Wie konnte das passieren?

Als Aktiver des AK Bildung und Bildungsstreiks habe ich recht viele Erfahrungen mit Vollversammlungen (VV) machen können. Und auch bei schwierigen

*„Ich finde es nicht sonderlich bedauerlich.*

*Auch bin ich der Ansicht, dass weder mehr Vorlauf noch mehr Werbung irgendwas an der Beteiligung geändert hätten.*

*Außerdem wurde dies ja nun demokratisch entschieden und daran sollte man auch nicht rütteln.“*

Themen war die Beteiligung nie so gering. Was bei diesem Prozess falsch verstanden wurde, zeigen für mich E-Mails von FS-Aktiven bezüglich des Scheiterns:

Es hatten sich alle hochschulpolitisch aktiven Gruppen, womit auch alle Fach-

---

schaften gemeint sind, auf dieses Modell geeinigt – ausgenommen FS Physik. Da es sich um die Vertretung aller Studierenden handeln soll, haben wir uns an besagtem Wochenende für die Durchführung einer VV entschieden, sozusagen aufgrund der Souveränität des Volkes. Es ist keine bessere Vertretung möglich, ohne dass die zu Vertretenden zustimmen. Dazu ist aber auch das Engagement der wesentlichen Akteure nötig: Bildungsstreik, Faveve, Hochschulgruppen. Zu einer VV zu mobilisieren, ist einfach, aber anstrengend. Täglich Flyer in den Mensen, Infostände, Infoblätter, Plakate designen, drucken und aufhängen, viele Einzelgespräche mit all den Zweifelnden, Hörsaalbesuche und Mundpropaganda. Wenn man sich jedoch bemüht, kommen recht sicher über 1000 Leute; ich habe nie etwas anderes erlebt.

Dieses Mal war es sogar einfacher: Die Erstis hatten noch keine VV, wären also aus Neugier gekommen und die Fachschaften waren außer Physik alle dabei. Sie hätten über ihre Jahrgangsverteiler zu dieser VV aufrufen müssen: Aus Informationspflicht gegenüber ihren Studis und aus Eigeninteresse, die von ihnen mit ausgearbeitete und verabschiedete Satzung umzusetzen. Das ist anscheinend nicht im großen Stil geschehen!

Zudem kann auch die tägliche Mobilisierung nicht groß gewesen sein, was neben der personell leider überlasteten Faveve zum ebenso großen Teil der Gruppe Bildungsstreik anzulasten ist. Gerade sie sind erfahren in Vollversammlungen und Mobilisierung: Wo also waren sie?

Die Vorlaufphase war entscheidend für die schlechte Beteiligung an der VV, wobei die Studierenden sich ohnehin kaum mit ihrer Uni oder gar der Unipolitik befassen – aus welchen Gründen auch immer: Das ist derzeit Realität. Die aktiven Gruppen haben aber auch die Aufgabe, dieses Interesse zu fördern, um Nachwuchs zu rekrutieren sowie zur Legitimation der eigenen Tätigkeit. Bisher wurde dieses Bemühen auch jedes Mal von Erfolg gekrönt.

Dass das nicht geschehen ist, zeigt die Krise dieser Studierendenvertretung



noch bedeutender als die fehlende Beteiligung der Studierenden.

Auch von einer demokratischen Entscheidung kann nicht die Rede sein, wenn offensichtlich kaum Studierende Bescheid wussten. Die Abstimmung von 2000 Leuten, also 10% der Eingeschriebenen,

ist sicherlich nicht die Demokratie, die ich gern hätte, aber diese Entscheidung wäre legitimer als die von 130 Leuten. Folglich richtig wurde daher die StuVe nicht völlig verbannt, sondern zunächst auf Eis gelegt.

Vertreterinnen und Vertreter müssen sich nun überlegen, wohin sie steuern wollen und ob es eine zweite, besser geplante VV oder Urabstimmung (bspw. parallel zur nächsten Wahl) geben wird – vom ständigen Vorwurf belastet, so lange abstimmen zu lassen bis das Ergebnis stimmt.

Doch beinahe alle Akteure ziehen das neue Modell dem aktuellen vor – das Fachschaftsmodell „Faveve“ wird somit zum unerwünschten Korsett.

Letztlich erhalten die gewählten Gruppen „Bildungsstreik“ und „Liberale Hochschulgruppe“ nun auch keine Stimme in der Faveve, weil sie nur Stimmrecht an Fachschaften vergeben kann. Damit sind 33,7% der Stimmen (der letzten Wahl 2010) nicht repräsentiert. Von was für einer Demokratie reden wir dabei?

**Für Infos über die StuVe, klickt**

**<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/stuve/> oder spricht mit euren Fachschaften bzw. dem Bildungsstreik.**

---

## Termine:



15.1. - 15.2.: Rückmeldung zum Sommersemester  
(<http://tinyurl.com/stuize-rueckmeldung>)

1.4.: Semesterbeginn

12.2. - 25.4.: Vorlesungsfreie Zeit

ab 22.2.: Landtagswahl: Beantragung der Briefwahl  
(<http://www.stuttgart.de/briefwahl>)

7.-11.3.: Landtagswahl - Möglichkeit zur Eintragung ins  
Wählerverzeichnis, für Zugezogene  
(<http://tinyurl.com/stuize-wahl>)

27.3.: Landtagswahl Baden-Württemberg

---

## **Impressum:**

Ausgabe 8, Februar 2011

ViSdP: Nils Langer

Layout: Silke Steinbrenner

Korrektur: Benjamin Maschler

Email: [zeitung@faveve.uni-stuttgart.de](mailto:zeitung@faveve.uni-stuttgart.de)

Homepage: [www.andrerseits.de](http://www.andrerseits.de)

Herausgeber:

AK Bildung - ein Arbeitskreis der Faveve

c/o Zentrales Fachschaftsbüro

Keplerstraße 17

70184 Stuttgart

Hinweis: Die in den Beiträgen veröffentlichten Aussagen und Meinungen sind die der jeweiligen VerfasserInnen. Sie sind - sofern nicht anders angezeigt - keine Meinungsäußerung des AK Bildung oder der Faveve.

Erstellt mit Open Source Software

Lizenz: Creative Commons, CC-BY-NC-SA



**"Aus den vergangenen Revolutionen  
weiß man: Wenn vier Tage lang kein  
Brot in den Läden liegt, stürzt die  
Regierung."**

aus: Podcast alternativlos.org

